

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

WESTBERLINER KOMMUNIST

Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westberlins

8/95

August 1995

Kurdische Hungerstreikende am 27.7.1995 in Frankfurt/Main von SEK-Truppen auseinandergeprügelt!

Polizeiterror gegen Kurdinnen und Kurden!

In den letzten Wochen wurde der staatliche Terror gegen die kurdische Bevölkerung in Deutschland massiv verschärft. Als Vorwand diente der gerechte kurdische Widerstand, Demonstrationen, Hungerstreiks, Besetzungen, die sich direkt gegen den deutschen Staat richteten, gegen seine Rolle als massiver Unterstützer und Drahtzieher der Politik der türkischen Militärdiktatur.

Brutalste paramilitärische Polizeieinsätze von vermurkten SEK-Einheiten, Wasserwerfersätze, Prügelorgien und dutzende von Mißhandlungen, rassistische polizeistaatliche Kontrollen, Hunderte von Festnahmen - das ist die "Bilanz" des Polizeiterrors gegen den kurdischen Widerstand innerhalb von nur einigen wenigen Tagen, der begleitet war von massiver antikurdischer Hetze der bürgerlichen Medien. Im Kampf gegen diesen Polizeiterror und Hetze breiteste Solidarität zu organisieren, die kurdischen Werktaatigen in ihrem beispielhaften Kampf nicht alleine lassen - das ist die Aufgabe aller fortschrittlichen, revolutionären und kommunistischen Kräfte in Deutschland.

Paramilitärischer Polizeieinsatz des SEK in Frankfurt und der verstärkte Widerstand der Kurdinnen und Kurden

Der unmittelbare Anlaß für die verstärkten Widerstandsaktionen der kurdischen Werktaatigen in Deutschland war einerseits die solidarische Unterstützung von mehr als 10.000 kurdischen politischen Gefangenen in den Kerkern des türkischen Folterregimes, die für die Anerkennung als Kriegsgefangene und für die Beendigung der Massaker der türkischen Armee gegen die kurdische Zivilbevölkerung in der Türkei seit dem 14. Juli 1995 mit einem

Hungerstreik kämpfen. Andererseits richteten sich die kurdischen Widerstandsaktionen direkt gegen den deutschen Staat, gegen seine massive ideologische, politische und militärische Unterstützung der türkischen Militärdiktatur, gegen das Verbot der PKK und anderer kurdischer Organisationen, vor allem auch gegen die drohende Auslieferung von Kani Yilmaz, dem Vertreter der ERNK in Europa, von England nach Deutschland und die mörderische und menschenverachtende Abschiebepolitik von Kurdinnen und Kurden an den türkischen Staat. Die Widerstandsaktionen waren vielfältig: ein Hungerstreik von bis zu 500 Kurdinnen und Kurden in Berlin und Frankfurt, Demonstrationen, Besetzung



Frankfurt/Main, 27.7.95: Militante Gegenwehr von Kurdinnen und Kurden gegen einen Polizeiangegriff

Erklärung von "Gegen die Strömung":

Bekämpft den Kriegseinsatz der Bundeswehr in Ex-Jugoslawien!

Ein neues Kapitel der blutigen Geschichte des deutschen Imperialismus hat begonnen: Direkter Kriegseinsatz der Bundeswehr!

Mit Raketen bestückte Tornado-Jagdbomber, Aufklärungsflugzeuge und mindestens 2000 Soldaten, darunter Fallschirmspringer und Pioniereinheiten, ein Schnellbootverband und Minenabwehreinheiten werden für den Kriegseinsatz in Ex-Jugoslawien nach Italien verlegt, 500 Soldaten einer "Sanitäts Einheit" werden als militärische Vorhut in Kroatien stationiert - 50 Jahre nach dem Ende des Raubkriegs des deutschen Imperialismus und seiner Nazi-Wehrmacht wird ein direkter und offener Kriegseinsatz der Bundeswehr zur Sicherung und Ausweitung der politischen, militärischen und ökonomischen Einflußsphären des deutschen Imperialismus vorbereitet, wird blutige Realität für die Völker Ex-Jugoslawiens.

Die deutschen Imperialisten machen damit einen enormen Schritt voran bei ihrer allseitigen Kriegsvorbereitung: Es geht um die Gewöhnung der Bevölkerung an direkte Kriegseinsätze, um die Übung der eigenen Armeen und Waffen "im Ernstfall", es geht um die Vorbereitung lokaler, eigenständig geführter imperialistischer Kriege des deutschen Imperialismus, die sich gegen imperialistische Rivalen und vor allem auch gegen die Befreiungskämpfe der Völker in allen Teilen der Welt richten und um die langfristige Vorbereitung weltweiter imperialistischer Kriege zur Neuaufteilung der Welt gegen die anderen imperialistischen Großmächte.

Die Kriegshetze und Verdummungspropaganda der bürgerlichen Politiker und Medien zur Rechtfertigung des Kriegseinsatzes entlarven und bekämpfen!

Gegen das demagogische Hauptmanöver von der angeblich "humanen Aufgabe" der Bundeswehr in Ex-Jugoslawien muß klar gestellt werden:

Der Krieg in Ex-Jugoslawien ist von allen Seiten her ein reaktionärer Krieg, bei dem klar ist, daß die Verlierer die Völker Ex-Jugoslawiens sind. Bei diesem Krieg geht es keiner Seite um "Humanität" oder "Gerechtigkeit" - weder den kroatischen Reaktionären, den serbischen Reaktionären noch anderen reaktionären Kräften in Bosnien-Herzegowina, und erst recht nicht den imperialistischen Kriegstreibern - sondern um die Ausweitung der eigenen Einflußsphären.

Der reaktionäre Krieg in Ex-Jugoslawien wurde vor allem von den imperialistischen Großmächten angezettelt, geschürt, und am Laufen gehalten, gerade auch vom deutschen Imperialismus - durch diplomatische Anerkennungsmanöver, Abschiebung von Deserteuren, Waffenlieferungen, ökonomische Druckmittel und Kanonenbootpolitik.

Fortsetzung, S. 2

Fortsetzung von S. 1

Die UNO, die unter der Flagge des "Menschen- und Völkerrechts" segelt, in Wirklichkeit ein imperialistisches Kriegsinstrument ist, dient gerade auch dem deutschen Imperialismus nur als Feigenblatt, um seine räuberischen Ziele zu verhüllen.

Hinter der Heuchelei von der "internationalen Verantwortung, der man sich nicht entziehen kann" steht in Wirklichkeit ein weiterer Vorstoß der deutschen Imperialisten zur Durchsetzung ihrer Weltherrschaftspolitik im Konkurrenzkampf gegen die anderen imperialistischen Mächte.

Die Berufung auf die "Verantwortung aus der deutschen Geschichte" ist ein beispielloser Zynismus. Die grundlegende Wahrheit ist: Der deutsche Imperialismus ist schon längst wieder ein eigenständiger Kriegscherd, eine besonders aggressive und raubgierige imperialistische Großmacht, denn er ist im Kern derselbe Imperialismus, der den 1. Weltkrieg ausgelöst hat, der mit Hilfe des Nazi-Faschismus schon einmal die Weltherrschaft der deutschen "Herrenrasse" auf bestialische Weise verwirklichen wollte. Die Nazi-Wehrmacht und die SS-Schergen des deutschen Imperialismus hinterließen gerade auch in Jugoslawien ihre blutige Spur: von tagtäglichen Mord und Raub, Massenerschießungen vor allem auch an der serbischen Bevölkerung bis zum Völkermord an der jüdischen Bevölkerung und den Sinti und Roma. Und die Bundeswehr - das ist die mörderische Kriegsmaschinerie des deutschen Imperialismus. Von alten Nazi-Offizieren der SS und der Wehrmacht aufgebaut,

hat in der Bundeswehr eine Generation von Militärs das Sagen, die unter dem Motto "Unsere Väter waren keine Verbrecher" die Tradition der deutschen Wehrmacht beschwört, die Schlachten des 2. Weltkriegs durchstudiert und es nun - das dritte Mal - "besser" machen will.

realisten bisher weitgehend gelungen, Proteste und Widerstand gegen den Kriegseinsatz der Bundeswehr gar nicht erst aufkommen zu lassen. Um so mehr steht als eine wichtige Aufgabe an, ohne Wenn und Aber gegen die militaristische Rechtfertigungspropaganda, gegen jegliches "Verständnis", jegliche Unterstützung der Kriegsvorbereitung und Kriegsmaßnahmen des "eigenen", des deutschen Imperialismus, unseres Hauptfeindes, aufs schärfste anzukämpfen. Ebenso gilt es die deutsche "Herrenmenschen"-Ideologie zu bekämpfen, die der deutschen Bourgeoisie schon immer dazu gedient hat, die Bevölkerung ideologisch auf Kriege gegen andere Völker einzustimmen, so zum Beispiel die antiserbische Hetze, die lückenlos an die "Serben muß sterben"-Propaganda im 1. Weltkrieg und an die Goebbelsche Hetze anknüpft.

So sehr spontane Protestaktionen, so sehr individuelle Kriegsdienstverweigerungen und Desertionen als erster Schritt zu begrüßen sind, so notwendig halten wir die Diskussion über weitergehende und wirksamere Aktionsformen, über militante antimilitaristischen Kampf, vor allem gut organisiert in den Betrieben und in der Bundeswehr selbst.

Tod dem deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus, der im Blut der von ihm ausgebeuteten, unterdrückten und massakrierten Völker steht!



Berlin, 26.6.95: Demonstration gegen den Kriegseinsatz der Bundeswehr in Ex-Jugoslawien

Gegen lärmenden Defätismus und Resignation: Kampf gegen die Bundeswehr, in den Kasernen, in den Betrieben und auf den Straßen! Solidarität mit allen fortschrittlichen und revolutionären Kräften Ex-Jugoslawiens!

Bittere Wahrheit ist: Mit dem ganzen Arsenal gut auf einander abgestimmter Hetze, Demagogien und Lügen ist es den deutschen Impe-

eines Büros von RTL in Hannover und Bremen, sowie militante Aktionen gegen türkische Banken und Reisebüros - um nur die wichtigsten zu nennen.

Dieser Kampf der kurdischen Werktagen in Deutschland in den letzten Wochen war Teil einer weltweiten Kampagne. In mehreren Städten, von Moskau über Berlin bis nach Washington haben sich weltweit 1400 Kurden und Kurdinnen dem Hungerstreik der kurdischen politischen Gefangenen in der Türkei angeschlossen.

Gegen den breiten und entschlossenen kurdischen Widerstand eskalierte der deutsche Imperialismus gezielt und plamäßig seinen Polizei-terror.

Schon seit dem Beginn des Solidaritäts-Hungerstreiks der Kurden und Kurden in Deutschland am 21.7.95 war die deutsche Polizei zeitweise massiv mit mehreren Hundertschaften in Berlin und Frankfurt zur Einschüchterung präsent. Immer wieder wurde provoziert, von Polizei und bürgerlichen Medien behauptet es würde PKK-Werbung für eine sogenannte terroristische Vereinigung betrieben und so die Stimmung geschürt und geschaffen, um den Polizei-terror zu verschärfen.

Am 27.7.95 gegen 13 Uhr griff die Polizei die 250 Hungerstreikenden in Frankfurt mit einem Wasserwerfer und unter Schlagstockeinsatz an, um den Hungerstreik zu beenden und die Kundgebung an der Hauptwache zu zerschlagen. Der Vorwand: "Werbung für die verbotene PKK" durch "lauta PKK-Rufe". Durch massiven beeindruckenden militärischen Widerstand mit Hilfe von Steinen, Gasflaschen, Kochtöpfen und Stöcken konnte die Polizei von den kurdischen Kämpferinnen und Kämpfern zurück-

geschlagen und mit einem Wurfgeschoss-Hagel auf Distanz gehalten werden. Nach dieser vorübergehenden Niederlage für die Polizei eskalierte der staatliche Terror weiter.

Eine Stunde später marschierten mehrere Hundertschaften, drei Wasserwerfer und eine vermummte, paramilitärisch ausgerüstete SEK-Einheit auf und griffen erneut die Hungerstreikenden an, die sich in



Frankfurt/Main, 27.7.95: Kurden im Kampf gegen die Polizei



Frankfurt/Main, 27.7.95: Über 200 Kurdinnen und Kurden von deutscher Polizei brutal geprügelt und dann gefesselt

und Kurden die Hände auf den Rücken gefesselt, mit dem Bauch in den Dreck geworfen. Das alles war wiederum begleitet von massiven Prügelingen, vor allem auch auf den Kopf der Opfer, was zu vielen riesigen Platzwunden und mehreren zum Teil schwer Verletzten führte.

Erst gegen 15 Uhr hatten die Polizeikräfte des deutschen Imperialismus wieder "alles im Griff", die Festgenommenen wurden in Polizeitransportern gezeigt, getreten und geprügelt und ins Gefängnis abtransportiert. Den Festgenommenen wurde damit ge-

droht, daß gegen sie Verfahren wegen "schweren Landfriedensbruch" eröffnet werden würden.

Nach der brutalen Festnahme der Hungerstreikenden versammelten sich 200 Kurdinnen und Kurden auf der Hauptwache und protestierten gegen den antikurdischen Polizeiterror. Gegen 22 Uhr wurde auch diese Protestversammlung durch prügelnde Polizei und Wasserwerfersatz aufgelöst. Daraufhin formierte sich noch am selben Abend eine Demonstration durch die Frankfurter Innenstadt und es wurden mehrere Schaufenster entglast. Gegen ver-

suchte Polizeiangegriffe wurde militante Gegenwehr organisiert. Dennoch wurden fünf Personen festgenommen.

Auch am Freitag, den 28. Juli ging der Widerstand weiter. Rund um die Hauptwache herrschte faktischer Ausnahmezustand. Wasserwerfer, Hundertschaften und patrouillierende Polizeitruppen, die jeden festnahmen, die Personalien aufnahmen oder vertrieben, der in ihrer rassistischen Vorstellung "kurdisch" aussah, bestimmten das Bild. Trotz dieser massiven Polizeipräsenz protestierten ca. 120 Kurdinnen und Kurden gegen den Polizeiterror auf der Hauptwache. Auch diese Versammlung wurde am Nachmittag von der Polizei durch Knüppeleinsatz aufgelöst gegen sich militant mit Steinen und Flaschen zur Wehr setzenden Demonstrantinnen und Demonstranten.

Am 30.7.95 wollten kurdische Werkstätte gegen die tagelangen Polizeiangegriffe in Frankfurt eine größere Demonstration in der Frankfurter Innenstadt organisieren. Ein neuer Höhepunkt des Polizeiterrors begann.

Rassistische Gesichtskontrollen

Schon am Samstag, den 29.7.95 wurden in Bayern zwei Busse auf dem Weg nach Frankfurt von der

Gülnaz Baghistani starb an den Folgen des von der deutschen Polizei erzwungenen Marsches der hungerstreikenden Kurdinnen und Kurden in Berlin!

Gülnaz Baghistani hatte sich wie mehrere hundert Kurdinnen und Kurden in Deutschland ab dem 20. Juli am Solidaritätshungerstreik mit dem Hungerstreik der über 10.000 kurdischen politischen Gefangenen in den Gefängnissen des türkischen Folterregimes in Berlin beteiligt. Sechs Tage lang kämpfte sie mit ihren Genossinnen und Genossen für die Forderungen der kurdischen Gefangenen und gegen die antikurdische Politik des deutschen Staates.

Am Mittwoch, den 26. Juli löste die Polizei den Hungerstreik in Berlin vor der Gedächtniskirche brutal auf. Gülnaz Baghistani gab, wie auch die anderen hungerstreikenden Kurdinnen und Kurden, ihren Kampf nicht auf. Die 230 Hungerstreikenden liefen zu Fuß zum 8 Kilometer entfernten kurdischen Kulturzentrum in Berlin-Kreuzberg, um ihren Hungerstreik fortzusetzen. An den Folgen des von der deutschen Polizei erzwungenen Marsches starb Gülnaz Baghistani am 27.7.95 an Herzversagen.

Der Kampf für den Gülnaz Baghistani gestorben ist geht weiter. Der Hungerstreik in Berlin wird unbefristet fortgesetzt. Trotz massiver antikurdischer Hetze, 3000 aufgebotenen Polizeistern, darunter SEK-Einheiten, demonstrierten am 1.8.95 mehrere Zehntausend Kurdinnen und Kurden in Berlin gegen den Tod von Gülnaz Baghistani. In Parolen wie "Nichts ist vergeben, nichts ist vergessen" brachten sie ihre Wut und ihren Haß gegen den deutschen Staatsapparat zum Ausdruck. Auf Transparenten wurde auch die Aufhebung des Verbots kurdischer Organisationen gefordert und die Waffenlieferungen des deutschen Imperialismus an die Türkei angeprangert.

Auch die Beerdigung von Gülnaz Baghistani wurde zu einer kämpferischen Demonstration gegen den deutschen Staat und das türkische Folterregime. In Osnabrück demonstrierten am 2.8.95 500 Kurdinnen und Kurden mit dem Sarg von Gülnaz an der Spitze durch die Innenstadt zum Stadtfriedhof, wo Gülnaz Baghistani beerdigt wurde.



Nichts vergeben, nichts vergessen!

Den Nazi-Terror gegen die türkische und kurdische Bevölkerung nicht unterschätzen!

Die Nazis verschärfen zeitgleich mit der Verstärkung der gerechten Aktionen der kurdischen Genossinnen und Genossen ihren mörderischen Terror gegen die, die in ihrem nazistischen Weltbild als "undeutsch" galten.

Die Nazis treten als "Trittbrettfahrer" auf und erzeugen auch unter der Bevölkerung aus der Türkei Angst und Schrecken. Die bürgerlichen Medien verschleieren den Nazi-Terror, um die Nazi-Pest zu verharmlosen.

Der Kampf für die internationalistische Unterstützung des kurdischen Befreiungskampfes kann in Deutschland nicht wirklich geführt werden, wenn er nicht verknüpft wird mit dem Kampf gegen den Nazi-Terror, der sich vor allem auch gegen die kurdische und türkische Bevölkerung richtet.

Polizei gestoppt und drei Stunden lang festgehalten. Der Höhepunkt der Polizeikontrollen lag jedoch im Frankfurter Raum. Auf sämtlichen Autobahnzufahrten und anderen wichtigen Einfallstraßen, sowie in der gesamten Frankfurter Innenstadt wurden am 30.7.95 massive Polizeikontrollen mit mehreren Hundertschaften, teilweise mit Wasserwerfern ausgerüstet, erichtet, um die erwartete Demonstration zu verhindern. Dabei wurde ganz bewußt in rassistischer Manier vorgegangen: Es gab eine Weisung alle Fahrzeuge, deren Insassen "nach Augenschein Kurden waren" zu stoppen, zu überprüfen und nicht in den Raum Frankfurt durchzulassen. In typisch deutsch-rassistischer Manier wurden Gesichtskontrollen durchgeführt und alle zurückgewiesen, die im rassistischen Weltbild der deutschen Polizisten als "Kurden" galten. Insgesamt wurden laut bürgerlichen Medien über 370 Fahrzeuge kontrolliert und über 170 Personen zurückgewiesen. Die Polizeikontrollen wurden den ganzen Sonntag bis spät in die Nacht durchgeführt und es wurden später

die Kontrollen auch auf Fahrzeuge ausgedehnt, die Frankfurt verlassen wollten. In ganz Frankfurt wurden alle Personen, die in rassistischer Manier von der Polizei als "Ausländer" abgestempelt wurden zu einer "zentralen Sammelstelle" gebracht, d.h. sie wurden festgenommen und interniert!

Am selben Tag war wiederum die Frankfurter Hauptwache von Wasserwerfern und Hundertschaften Bereitschaftspolizei besetzt, der Ausnahmezustand in der Frankfurter Innenstadt erklärt. Es wurden insgesamt wiederum ca. 80 Kurden und Kurden, die gegen den Polizeiterritor protestierten, festgenommen und ihre Personalien festgestellt.

Der Polizeiterror war ein Angriff nicht nur gegen die PKK, sondern gegen alle in Deutschland lebenden Kurdinnen und Kurden

Dieser verschärzte Polizeiterror war ein gezielter Angriff gegen den organisierten kurdischen Widerstand in Deutschland, insbesondere auch gegen die PKK. Jedoch müssen diese Polizeiaktionen auch als Angriff gegen alle in Deutschland lebenden Kurdinnen und Kurden begriffen werden. Denn: Ganz bewußt wurde bei den rassistischen Gesichtskontrollen nicht mehr differenziert in "PKK" und "gute Kurden", sondern insgesamt "alle Kurden" als potentielle "Gewalttäter" eingestuft und entsprechend "behandelt". Die Hetze der bürgerlichen Medien und Politiker geht in dieselbe Richtung. Da wird die sofortige Abschiebung "kurdischer Gewalttäter" gefordert z.B. beim "Mißbrauch des Demonstrationsrechtes", d.h. wenn ein Kurde oder eine Kurdin gegen den antikurdischen Polizeiterror dennoch protestieren will, auch wenn der deutsche Staat dies in Polizeistaat-Manier verbietet. Auch die Aufhebung des Abschiebestopps für Kurden in Hessen, der kurz vor dem Polizeiterror in Frankfurt durchgezogen wurde, ist ein Baustein des in großen Schritten verschärften Terrors des deutschen Staates gegen die in Deutschland lebende kurdische Bevölkerung.



Frankfurt/Main, 27.7.95: Polizei-terror gegen Kurdinnen und Kurden

Die kurdischen Werktagen in ihrem beispielhaften Kampf gegen den deutschen Staats- apparat nicht alleine lassen!

Angesichts dieses Polizeiterrors durch den Staatsapparat des deutschen Imperialismus ist die Organisierung breitest er Solidarität mit dem Kampf der kurdischen Werktagigen für alle fortschritlichen, revolutionären und kommunistischen Kräfte eine zentrale Aufgabe.

Es geht darum die kurdischen Kämpferinnen und Kämpfer in ihrem beispielhaften Kampf vor allem auf der Straße gegen die deutsche Polizei nicht alleine zu lassen, Seite an Seite mit ihnen auch militärt zu kämpfen. Es gilt jede Möglichkeit zu nutzen, den Kampf der kurdischen Genossinnen und Genossen gegen die Abschiebungen, die sich in nächster Zeit verschärfen werden, maximal zu unterstützen. Mit ihrem gerechten Kampf gilt es mit aller Kraft internationalistische Solidarität zu entwickeln, diesen Kampf gilt es gegen jegliche Verleumdungen zu verteidigen!



BUCHLADEN

VERTRIEB

für internationale Literatur
Brunhildstr. 5, 10829 Westberlin

- Antifaschistische, antiimperialistische Literatur
 - Werke von MARX, ENGELS, LENIN, STALIN
 - Schriften des Kommunismus und der Kommunistischen Internationale

ÖFFNUNGSZEITEN:

Mittwochs
15.30 - 17.30 Uhr